

Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches,
gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

„Zwangswirtschaft“

Die Bundesregierung demonstriert, wie man mit Schulden Geld verdienen kann. Die Minuszinsen auf deutsche Staatsanleihen haben es im ersten Halbjahr ermöglicht, dass der Bund nicht für die Neuverschuldung bezahlen musste, sondern 1,5 Mrd. Euro von den Geldgebern kassiert hat. Die gesamten Zinslasten haben sich in diesem Zeitraum um 27,3 % auf 7 Mrd. verringert. Zurückzuführen ist dieses absurde Geschehen auf die hemmunglose Geldpolitik der EZB. Feri Investment Research kommentiert diese Entwicklung so: „Wenn jedes Problem, jede Krise und jede Schwäche der Realwirtschaft stets durch ‚monetäre Heilbäder‘ der Notenbanken behandelt wird, müssen die Märkte zwangsläufig einen Endzustand von fehlender Risikowahrnehmung und irrationaler Übertreibung ansteuern.“ Die massiven Eingriffe der Notenbanken hielten die Illusion einer Vollkasko-Welt weiter aufrecht und sorgten für anhaltende finanzielle Aufblähung und monetäre Vervässerung. Die Probleme würden dadurch nicht gelöst, sondern nur durch einen geldpolitischen Schleier überdeckt. Feri prognostiziert: „Dieser Weg pervertiert jedes marktwirtschaftliche Finanzsystem. Er führt letztlich in eine geldpolitische Zwangswirtschaft mit schleichender Entwertung von Papiergeld und anderen, kaum kontrollierbaren Nebenwirkungen.“

Papiertiger

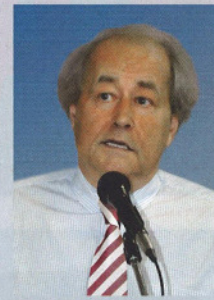
Die EU-Kommission entpuppt sich immer mehr als zahloser Tiger, der zwar für die Kulisse knurrt aber das Beißen verlernt hat. Die Ein-

haltung und Überwachung der Stabilitätsregeln sind zur Farce gekommen. Die zuvor lauthals geforderte Bestrafung der Defizitsünder Spanien und Portugal ist aus politischen Gründen unter den Teppich gekehrt worden. Das Ausbleiben eines Defizitverfahrens gegen unser westliches Nachbarland hat Jean-Claude Juncker mit der ihm eigenen Logik so begründet: „Weil es Frankreich ist.“ Damit ist die Glaubwürdigkeit des Stabilitätspaktes und der Kommission ad absurdum geführt worden. Die Realitäten sprechen für sich: In 14 der derzeit 19 Euro-Länder liegt die öffentliche Verschuldung über dem Maastricht-Limit von 60 %. Die in Artikel 125 fixierte Nichtbestands-Klausel steht nur noch auf dem Papier. Das Verbot der Staatsfinanzierung durch die EZB wird ständig unterlaufen. Ohne die Nullzins-Politik der EZB wären längst einige EU-Schuldenländer in die Pleite gerauscht. Die ultralockere Geldpolitik wird zu weiteren Finanzkrisen neuer Dimension führen und auf Sicht die europäische Idee irreparabel beschädigen.

Steuer-Gerechtigkeit

In Vorwahlzeiten beginnt der Wettkampf der Parteien um die Gunst der Bürger. SPD, Grüne und Linke sind aus ritualisierten Gründen der sozialen Gerechtigkeit gegen Steuerensenkungen, die allen Gruppierungen gleichermaßen zugutekommen. Auf den linken Parteiflügel will man eine systematische Umverteilung von oben nach unten. Dabei sollen nicht nur Erhöhungen der Einkommens- und Erbschaftsteuern helfen, sondern auch die Wiedereinführung der

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße“, die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

Vermögenssteuer, die laut Winfried Kretschmann „auf Kosten unserer Familienbetriebe geht“. Hilfreich wäre ein Blick auf die Fakten: Die Steuereinnahmen sind im ersten Halbjahr um 5,6 % auf knapp 317 Mrd. Euro gestiegen. Und das Erbschaftssteuer-Aufkommen hat im genannten Zeitraum um über 20 % auf 3,95 Mrd. Euro zugelegt. Außerdem: Schon heute zahlen die 10 % Spitzenverdiener mit einem Jahresbrutto von über 80.293 Euro 54 % des gesamten Einkommenssteueraufkommens. Dagegen tragen die 50 % Steuerpflichtigen, die maximal 29.309 Euro p.a. verdienen, nur 5,5 % zum Gesamtaufkommen bei.

„Größte Bedrohung“

Gleich zwei tragende Säulen der deutschen Volkswirtschaft scheinen 2016 ins Wanken zu geraten. Gemeint sind die Automobilindustrie, die mit noch unabsehbaren Konsequenzen des Abgas-Skandals zu kämpfen hat und die Banken, die plötzlich auf der Liste der bedrohten Arten auftauchen. Vor allem die beiden deutschen Großbanken sind in den Fokus öffentlicher Besorgnis gerückt. Dazu hat der aus politischen Gründen abgesoftete EZB-Stresstest beigetragen, der den Kursverfall an den Börsen weiter beschleunigt hat. Seit Ende 2015 ist der Börsenwert der Deutschen Bank von 31 auf aktuell 17 Mrd. Euro

abgestürzt. Selbst für Kenner der Materie völlig überraschend kam das Testat des Internationalen Währungsfonds (IWF), das die Deutsche Bank als „riskantestes Kreditinstitut der Welt“, also als größte Bedrohung des globalen Finanzsystems eingestuft hat. Nicht nur die strategischen Defizite bei der Neuausrichtung und die Unterkapitalisierung bereiten erhebliche Sorgen, sondern vor allem das extreme Engagement der Bank bei Kreditausfallversicherungen (CDS), die Warren Buffet schon 2003 wegen ihrer fast beliebigen Hebeleffekte als „finanzielle Massenvernichtungswaffen“ bezeichnet hatte. Der nominale Bestand der außerbörslichen Derivate hat bei der Deutschen Bank unfassbare 49,6 Billionen Euro erreicht, was mehr als dem 18-fachen des deutschen Bruttoinlandsprodukts entspricht. Diese Größenordnung schlägt jedem Ökonomen die Sprache, selbst wenn das reale Risiko infolge von gegenseitigen Aufhebungseffekten deutlich niedriger liegen dürfte. Das weltweite Derivatvolumen wird derzeit übrigens auf über 630 Billionen US-Dollar geschätzt. Der Schweizer Fachinformationsdienst „Inside Paradeplatz“ spricht in dem Zusammenhang von einer wachsenden Zeitbombe, deren Zündschnur immer kürzer werde. Höchste Zeit, diesen brandgefährlichen Wahnsinn endlich zu stoppen.